

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	XI
UNGEDRUCKTE QUELLEN	XII
GEDRUCKTE QUELLEN UND LITERATUR	XIII
ABKÜRZUNGEN	XVIII
EINLEITUNG	XIX

I. DER AUFBAU DER KULTURKAMPFGESETZGEBUNG IN BADEN

1. Die Grundlagen	1
2. Die Kulturkampfgesetze	8
a) Die Schulgesetze vom 8. März 1868 und 18. September 1876, S. 8 – b) Das Stiftungsgesetz vom 5. Mai 1870, S. 8 – c) Das Gesetz vom 19. Februar 1874 über die rechtliche Stellung der Kirchen im Staat, S. 9 – d) Die gesetzlichen Bestimmungen über die religiösen Orden vom 2. April 1872, S. 17 – e) Das Altkatholikengesetz vom 15. Juni 1874, S. 18 – f) Die Reichskulturkampfgesetze: Das Jesuitengesetz vom 4. Juli 1872 und der sogenannte Kanzelparagraph vom 10. Dezember 1871, S. 20 – g) Die Frage der Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhles von Freiburg, S. 21 – h) Exkurs: Die evangelische Kirche Badens und die badische Kulturkampfgesetzgebung, S. 22 – i) Die Lage auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes, S. 23.	

II. DIE WENDE DES KULTURKAMPFES IN BADEN UND DIE ENTSTEHUNG DES ERSTEN BADISCHEN ABBAUGESETZES VOM 5. MÄRZ 1880

1. Die kirchenpolitische Ausgangslage zu Beginn der Amtszeit des Ministeriums Turban-Stösser	26
2. Die parlamentarische Initiative der katholischen Fraktion der II. Kammer zu einer Lösung der Vorbildungsfrage Anfang 1878	29
3. Die ersten inoffiziellen Versuche der Regierung zu einer Verständigung mit der Kirchenbehörde über eine Lösung der Vorbildungsfrage und ihre Haltung in der Wiederbesetzungsfrage im Frühjahr 1879.	36
4. Die offiziellen Verhandlungen zwischen Regierung und Kirchenbehörde über eine Lösung der Vorbildungsfrage durch Änderung der Vollzugsverordnung zum Gesetz vom 19. Februar 1874 (Ende Juli bis Anfang November 1879)	40
5. Die inoffiziellen Fühlungen zwischen Regierung und Kirchenbehörde über die Möglichkeiten zu einer Einigung auf einen Regierungsvorschlag für eine gesetzliche Lösung der Vorbildungsfrage (Mitte November bis Anfang Dezember 1879)	49
6. Die Stellungnahmen von Parteien und Landtag zur Frage einer Lösung des Konflikts zwischen Staat und Kirche	54
7. Die offiziellen Verhandlungen zwischen Regierung und Kirchenbehörde über die Voraussetzungen zu einer Einigung über eine gesetzliche Neuregelung der Vorbildungsfrage (Anfang Dezember 1879 bis Anfang Januar 1880) bis zur Vorlage des ersten Regierungsentwurfs vom 15. Januar 1880	59

8. Der erste Regierungsentwurf im Urteil der nationalliberalen Fraktion und die Verhandlungen zwischen Regierung und Kirchenbehörde über einen neuen Regierungsvorschlag zur Lösung der Vorbildungsfrage (Mitte Januar bis Mitte Februar 1880) 73

III. DIE KIRCHENPOLITIK DES PRAKTISCHEN AUSGLEICHS AUF DER GRUNDLAGE DER BESTEHENDEN GESETZE IN DEN ERSTEN JAHREN DES MINISTERIUMS TURBAN-NOKK UND IN DER AMTSZEIT DES ERZBISCHOF ORBIN (1881–1886)

1. Die Ausgangslage: Die kirchenpolitische Aktivierung der katholischen Volkspartei und die Friedenspolitik des Erzbischofs Orbin 95
 2. Die politischen Parteien und die Frage des Abbaus der Kulturkampfgesetzgebung 117
 3. Die Initiative der Freiburger Kirchenregierung zu einem Abbau der Kulturkampfgesetzgebung im Herbst des Jahres 1885 128
 4. Die Kontroversen innerhalb der katholischen Fraktion über die von ihr zu verfolgende parlamentarische Taktik in der Kirchenpolitik (Anfang 1886) 132

IV. DIE ENTSTEHUNG DES ZWEITEN BADISCHEN REVISIONSGESETZES VOM 5. JULI 1888

1. Die Ausgangslage nach Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhles von Freiburg und die beginnende Bereitschaft zu kirchenpolitischer Revision 140
 2. Die Verhandlungen zwischen Regierung und Kirchenbehörde über einen weiteren Abbau der Kulturkampfgesetze (April bis November 1887) 148
 3. Die parlamentarische Behandlung des Revisionsgesetzentwurfs der Regierung vom 7. Dezember 1887 178

V. DIE SYSTEMATISCHEN REVISIONSBESTREBUNGEN DES BADISCHEN ZENTRUMS UND DER FREIBURGER KIRCHENBEHÖRDE IN DEN NEUNZIGER JAHREN

1. Die Grundlinien der kirchenpolitischen Entwicklung 195
 2. Die Vorstöße gegen die badischen Kulturkampfgesetze, namentlich gegen das Gesetz vom 19. Februar 1874, und zugunsten der Zulassung religiöser Orden in Baden 212
 a) Die Ordensfrage, S. 212 – b) Die Frage der Vorbildung und Anstellung der Geistlichen (Frage der Abänderung des Gesetzes vom 19. Februar 1874), S. 238.
 3. Altkatholikengesetz, Schulgesetz und Stiftungsgesetz im Widerstreit der Meinungen der Parteien und Behörden. 247
 a) Die Altkatholikenfrage, S. 248 – b) Die Schulfrage, S. 253 – c) Die Stiftungsfrage, S. 256.
 4. Die Politik von Zentrum und Kirchenbehörde während der Vakanz des erzbischöflichen Stuhles und der ersten Amtsjahre Erzbischof Nörbers 258

VI. DIE KIRCHENPOLITIK DER PRAKTISCHEN KONZESSIONSBEREITSCHAFT DES MINISTERIUMS BRAUER-DUSCH (1901–1905)

1. Die kirchenpolitische Grundeinstellung des Ministeriums Brauer-Dusch 266
 2. Die Verhandlungen über die Zulassung von Klöstern 1902–1905 273
 3. Die Haltung der badischen Regierung bei der Abänderung des Jesuitengesetzes im Frühjahr 1904. 280
 4. Die Zentrumspolitik des Verzichts auf kirchenpolitische Initiativen 288

VII. DIE UNEINHEITLICHE KIRCHENPOLITIK DES LIBERAL-SOZIALISTISCHEN

GROSSBLOCKS UND DIE ABBAUINITIATIVEN DES ZENTRUMS VON FALL ZU FALL

(1905–1912)

1. Die allgemeine politische Entwicklung in der Großblockzeit	296
2. Die Frage der Trennung von Staat und Kirche	301
3. Die Stellung des Zentrums und der Großblockparteien zur Frage eines Abbaus von Kultur- kampfbestimmungen	305
a) Die Revision der Strafbestimmungen gegen Geistliche, S. 310 – b) Die parlamentarischen Er- örterungen über eine Revision des § 114 des Schulgesetzes, S. 318 – c) Die Kirchen- und Schul- politik der Großblockparteien, S. 323.	
4. Die Jesuitenfrage im Jahre 1912	324

VIII. DIE ERNEUTE DISKUSSION ÜBER EINE REVISION DES VERHÄLTNISSES VON STAAT
UND KIRCHE UND DIE ENTSTEHUNG DER KIRCHENPOLITISCHEN ABBAUGESETZE
VON 1918

1. Die Initiative der Kirchenbehörde zu einer kirchenpolitischen Revision	330
2. Die Haltung der Großherzoglichen Regierung und der Parteien in der Frage einer kirchen- politischen Revision	337
3. Die Änderung der kirchenpolitischen Einstellung der Regierung und der Parteien im Welt- krieg	346
4. Die Aufhebung des Jesuitengesetzes im Jahre 1917	349
5. Die entscheidenden Schritte der Großherzoglichen Regierung zur Revision der kirchen- politischen Gesetzgebung und der Verwaltungsführung (1917).	353
6. Die parlamentarische Beratung und Verabschiedung des Kirchengesetzentwurfs der Re- gierung	362
7. Die Zulassung von Männerklöstern in Baden	370
8. Die Abänderung des Stiftungsgesetzes im Jahre 1918	371
9. Die Frage der kirchlich-konfessionellen Schulen in der Landtagssession 1917/18	376

IX. SCHLUSSBEMERKUNGEN	381
----------------------------------	-----

X. ANHANG	392
---------------------	-----

PERSONEN-, ORTS- UND SACHREGISTER	421
---	-----